

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Volksheft Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Plakatschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Kleina-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die heulende Gegenrevolution.

Der kommunistische Putz ist so gut wie erledigt, die wenigen kleinen Feuer, die hier und da noch flackern oder schwelen, werden in Kürze ausgebrannt sein. Aus allen Gegenden, wo die verbrecherischen Parolen der Kommunisten Teile der Arbeiterschaft irreleiteten konnten, wird das Abflauen des Streikes gemeldet. In wenigen Tagen werden nur noch Arbeiterleichen, die nutzlos geopfert wurden und Zerstörungen von dieser Wahnsinnstat der Kommunisten zeugen.

Die Arbeiterschaft muß aus diesen traurigen Ergebnissen die ernste Lehre ziehen, daß die erste Vorbedingung für das Wiedererstarken der Arbeiterbewegung die rückichtslose Isolierung der kommunistischen Wirkköpfe und Verbrecher ist. Nur wenn es ihr gelingt, den Krankheitsstoff des Kommunismus auszuschleiden, die Putzisten gründlich abzuschütten, die kommunistische Partei wieder ins Stadium der einflusslosen Sekte zurückzuführen, kann es zum Wiederaufstieg des Proletariats in Deutschland, zur erfolgreichen Abwehr der Gegenrevolution kommen.

Die ist jetzt eifrig dabei, die Hasen einzufangen, die ihnen die Kommunisten in die Röhre gejagt haben. Alles, was reaktionär ist in Deutschland, glaubt seine Zeit gekommen. Gegen die Reichsregierung und die preussische Regierung, die nach Ansicht der Gegenrevolutionäre viel zu schlapp bei der Niederwerfung des Putzes gewesen sind, wird in wilder Weise gehetzt und offen wird auf die Bildung reiner bürgerlicher, d. h. offen gegenrevolutionärer Regierungen im Reich und in Preußen, wie auch in Sachsen hingearbeitet. Besonders fatal ist es diesem reaktionären Geklotz, daß die unabhängige Sozialdemokratie mit unabweisbarer Entschiedenheit sich gegen den kommunistischen Wahnsinn gewendet hat. Man hätte sie gern mit unter das Fallbeil der Ausnahmegerichte gebracht, die jetzt gegen die Kommunisten idgelaßen werden, man hätte gerne so die ganze Arbeiterbewegung getroffen. Die Enttäuschung der Gegenrevolutionäre äußert sich in giftigen Anwürfen, die ihre Freymünder gegen unsere Partei schleudert. Das Leipziger Organ der Gegenrevolution, das berühmte Rattengiftblatt vom Peterssteinweg, verbreitete Leitartikel auf Leitartikel, in denen die unabhängige Sozialdemokratie und die Leipziger Volkszeitung insbesondere in der üblichen Weise beschimpft und begelstert werden, weil sie nicht in das allgemeine Geschrei der Reaktion, das die grausamste Verfolgung der Putzisten fordert, einstimmen. Das läßt uns natürlich äußerst kalt. Dieses kappistische Hegeffindel, das mit Gemütsruhe alle Rappoverbrecher hat entlassen sehen, das sich über die schamlosesten Justizmorde, über die Freisprüche der Richterstühle und anderer kappistischer Mörder nicht einen Augenblick aufgeregt hat, das hätte wahrhaftig allen Anlaß, jetzt zu schwelgen. Das ist wahrhaftig berufen, nach Gerechtigkeit zu rufen. Wir werden uns ohne Rücksicht auf dieses Gefelber auch weiterhin dagegen wenden, daß die Niederwerfung des Putzes zu unähnlichen Grausamkeiten, zu aufschreckenden Justizverfolgungen ausgeschlachtet wird. Wir werden immer wieder daran erinnern, in wem ein solches Verfahren zu der Behandlung der Rappoverbrecher stehen würde. Daß die Putzisten entworfen werden müssen, ist selbstverständlich, daß gegen die Verlierer von Verbrechen, von Anschlägen auf Leib und Leben die Justiz in Tätigkeit tritt, das folgt aus dem Gesezen. Aber diejenigen der Kämpfer, die nichts weiter getan haben, als für eine wenn auch noch so verderbliche politische Idee zu kämpfen, haben Anspruch darauf, als Kriegsgefangene anständig behandelt zu werden und vor den Gerichten nicht härter angefaßt zu werden, als jene Offiziere, die trotz schwerster Hochverdelte zu Festungshaft verurteilt worden sind, wobei der Vergleich mit diesen Soldatenschnidern für ehrenhafte politische Kämpfer schier noch eine Beleidigung ist.

Wir wenden uns deshalb entschieden gegen die Einsetzung der außerordentlichen Gerichte, deren Tätigkeitsbereich noch durch die folgende neue Verordnung erweitert worden ist. Darüber wird folgendes gemeldet:

Berlin, 30. März. Die gestern angefündigte Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte zur Aburteilung der schweren Aufzuehverbrechen und Vergehen steht solche Gerichte nicht nur für die Bezirke des Ausnahmestandes vor, sondern läßt zu, daß nach näherer Bestimmung des Reichsjustizministers außerordentliche Gerichte auch an anderen Orten gebildet werden, wo schwere strafbare Handlungen begangen sind, die mit der Aufzuehbewegung im Zusammenhang stehen. Somit werden auch die außerhalb des eigentlichen Aufzuehgebiets begangenen schweren und gemeingefährlichen Verbrechen, die zur Unterstützung der kommunistischen Anzueh dienen sollten, insbesondere die Dynamitverbrechen, die Anschläge auf Eisenbahnanlagen usw. in vereinfachtem Verfahren durch diese Sondergerichte abgeurteilt werden.

Die erwähnte gestrige Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt ferner, daß mit ihrem Inkrafttreten die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 betreffend die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen außer Kraft tritt; die auf Grund der Verordnung vom 30. Mai 1920 bereits eingeleiteten Strafverfahren werden jedoch nach dieser Verordnung und von den

auf Grund derselben vom Reichswehrminister eingesezten besonderen Gerichten noch erledigt.

Diese Ausdehnung der Ausnahmegerichte auf Gebiete, in denen der Ausnahmezustand nicht verhängt werden konnte, weil dafür die gesetzlichen Voraussetzungen fehlten, verstoßt unstres Erachtens durchaus gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung. Daß diese außerordentlichen Gerichte eine schwere Gefahr für die Gerechtigkeit bilden, liegt auf der Hand. Das liegt schon in ihrem Charakter als Ausnahmegericht und zudem urteilen sie in der Atmosphäre der Verheerung, die durch die bürgerliche Presse geschaffen worden ist. Wie sehr die Blätter vom Schlage der Leipziger Neuesten Nachrichten mit Fleiß dabei sind, die Dinge zu übertrieben, um sie für ihre Zwecke ausbeuten zu können, zeigt ein Artikel des führenden Zentrumsblattes Germania, das gewiß nicht besonderer Sympathien für die Kommunisten verdächtig ist. Das Blatt schreibt:

„Was ist zum Beispiel alles aus ganz belanglosen Vorkommnissen und ebenso belanglosen Dittschast gemacht worden? Wer von den enttäuschten Lesern der deutschnationalen Pressezeitschriften kennt das weltberühmte Reimann, das laut Ballenüberschrift und Telegramm des Herrn Sonderberichterstatters von den Kommunisten „genommen“ und inzwischen wieder „befreit“ sein soll? In diesem Landstäbchen, das ein hübscher Ausflugsort ist, und in dem man Sonntags gut und billig Kaffee trinken kann, haben junge Burken einigen Unfug verübt, dem etliche Stipolente kurz und schmerzlos eine Ende gemacht haben. Aber die Weltgeschichte wird von Reimann ebensowenig wie von dem benachbarten Welbert beeinflusst, das die Kommunisten gleichfalls „besetzten“ und das im übrigen herzlich unbedeutend ist. Die Revolutionen, die sich dort abgespielt haben, sind höchstwahrscheinlich nicht der Rede wert.“

Was sich neben den Reimann Nachrichten auch das Leipziger Tageblatt hinter die Ohren schreiben mag, das in seinem Kampfschaffen Bestreben, einigen sächsischen Demokratenführern wieder einen Sitz auf sächsischen Ministerstellen zu verschaffen, in der Verbesserung der Unabhängigen sozialen Partei seine deutschnationalen Kollegen am Peterssteinweg noch zu übertreffen verucht.

Die Chemniger städtischen Arbeiter gegen den Streik.

Chemnitz, 30. März. (T. M.) Trotz der unermüdlichen Hektarbeit der Kommunisten herrscht in Chemnitz vollkommene Ruhe. Im Gaswerk I wurde der Streik mit 198 gegen 8 Stimmen, im Gaswerk II mit 70 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Auch in allen andern städtischen Betrieben ist der Streik mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Im Elektrizitätswerk sprachen sich fast alle Arbeiter gegen eine Niederlegung der Arbeit aus.

Aus Chemnitz wird weiter berichtet: Die Generallstreikparole der Kommunisten hat nur geringe Beachtung gefunden. Nur wenige Fabriken sind unter mehr oder weniger starkem Druck stillgelegt worden. Die kommunistischen Bauarbeiter haben die Arbeit niedergelegt in der Erwartung, daß der ausfallende Lohn bezahlt werden wird. Alle städtischen Werke sind in Betrieb. Auch in den Eisenbahnwerkstätten wird mit wenigen Ausnahmen gearbeitet.

Ein Verbrechen gegen Arbeiter in Delsnig.

Leipzig, 31. März. (W. T. B.) Ein unerhörtes Verbrechen ist am Mittwochnachmittag von den Kommunisten im Delsniger Kohlenbezirk begangen worden. Sie schloßen dort die Kesselfeuer auf dem Schachte des dem Staate gehörenden Wertes Gotteslegen und besetzten die Schächte. Ein Telegramm des Bergamts an das Finanzministerium meldet, daß die Ausfahrt aus der Grube nicht unbedenklich ist, so daß die noch im Schachte eingeschlossene Mannschaft erheblich gefährdet ist. Die nächsten offenbar beobachteten Folgen dieser Schandtat sind das Verlangen der Wasserhaltung und der Pumpenarbeit, so daß die noch in der Grube eingeschlossenen Bergleute weder frisches Wasser erhalten, noch selbst jutage gefördert werden können. Es ist dies ein Verbrechen, das von Arbeitern begangen und gegen Arbeiter gerichtet ist. Wie das W. T. B. erzählt, hat die Regierung sofort das Erforderliche in die Wege geleitet, die bedrohten Bergleute aus dem Schachte zu befreien und die Verhütung weiterer Schandtat zu erzielen.

Kommunistische Streikpropaganda in Plauen.

Plauen i. V., 31. März. (W. T. B.) Gestern haben die Kommunisten hier eine Versammlung abgehalten und zum Generallstreik aufgerufen. Die Vorstände des Gewerkschaftsbundes, der U. S. P. und der sozialdemokratischen Partei richteten heute früh Handzettel an die Arbeiterschaft, dieser Generallstreikparole keine Gefolgschaft zu leisten. Die Straßenbahner haben den Streik mit 70 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Zur Lage in Halle.

Das kommunistische „Hauptquartier“ ausgehoben?

Halle, 30. März. Ein Kommando der Schutzpolizei übernahm in einer Villa in der Reilstraße eine kommunistische Zusammenkunft. Zwei Flüchtlinge wurden erschossen. Aus Papieren und Akten, die man im Hause fand, geht hervor, daß man hier auf das Hauptzentrum der Leitung des mitteldeutschen Aufzuehs gestochen war. Man fand ganze Berge von vorzüglichsten Generallstreikpartien Mitteldeutschlands, sowie Verheersarten mit Eintragungen von Sprengungen, die bereits aus-

geführt waren oder ausgeführt werden sollten. Ferner fand man militärische Karten, aus denen die Aufstellung der militärischen Organisation der Roten Armee in Mitteldeutschland, die Einteilung der Stäbe, die Routen der Kurlere usw. hervorgehen. Die beiden Erschossenen sind der bekannte Hallenser Kommunist Schnellbewind und ein gewisser Harzdorf, ein neunzehnjähriger junger Mann aus Halle. Man fand auch Pläne, die sich auf die Aktionen gegen die Stadt Halle bezogen und die Absichten der kommunistischen Leitung in Halle aufdeckten.

Zur Aushebung des kommunistischen Hauptquartiers in Halle a. S. wird gemeldet: Fast sämtliche bekannten kommunistischen Führer Deutschlands sind mit dem mitteldeutschen Aufzueh verknüpft. Auch das Auftreten von Max Hölz ist durch die beschlagnahmten Dokumente festgestellt worden. Hölz war Anführer der Banden in Sangerhausen und erstattete von dort seine Meldungen nach Halle.

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten aus Halle berichten, sollen sich unter den im Leunawerk Verhafteten auch der „Oberbefehlshaber der Roten Armee“ in Mitteldeutschland, der Kommunistenführer Alfred Lemel, und der politische Kommissar des Mansfelder Kreises, der Halleische Stadtverordnete Bowitz, befinden. Von der Befragung des Leunawerkes sind „nur“ etwa 300 Mann in Haft genommen, da die meisten nur gezwungen im Leunawerk verweilten.

Ende des Gas- und Elektrizitätsarbeiterstreiks.

Halle a. S., 30. März. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke haben am Mittwochnachmittag die Arbeit wieder aufgenommen.

Schleudig von Kommunisten besetzt.

Leipzig, 30. März. Eine von Gröbers kommende bewaffnete kommunistische Bande hat heute mittag Schleudig besetzt. Ein von Schleudig nach Leipzig fahrender Personenzug wurde von den Aufzuehern beschossen. Die Ausländischen haben auch den Betrieb der Leipzig-Schleudiger Außenbahn vollkommen lahmgelegt.

Halle a. S., 31. März. Die Kämpfe bei Gröbers dauern an. Bitterfeld wurde von der Reichswehr besetzt. Zwischen Merseburg und Halle liegen Reichswehrtruppen bereit.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion in Mitteldeutschland.

Eisleben, 30. März. Die Ruhe hält auch heute an. Ebenso ist es in Sangerhausen, Naumburg, Artern, Querfurt und Ufersleben ruhlich geblieben.

In Wittenberg wurden die Zeitungen auch heute wieder durch die drohende Haltung der Menge am Erscheinen verhindert.

Jena, 30. März. Die Arbeiterschaft der Firma Karl Zeiß hat heute früh die Arbeit geschlossen aufgenommen. Der Antrag der Kommunisten, im Betriebe eine Abstimmung über den Generallstreik vornehmen zu lassen, wurde vom Betriebsrat glatt abgelehnt. Auch die kleineren Teilbetriebe sind verpufft.

Bodwig, 30. März. (W. T. B.) Im östlichen Teil des Braunkohlengebiets des Kreises Viechenwerda herrscht seit Osterabend Generallstreik. Die Führung liegt in den Händen der kommunistischen Parteien. Zu Ausweichungen ist es nur in wenigen Fällen gekommen. So wurden die Bankstellen des Ritterguts Döllingen bei Eisterwerda zerstört. Seit gestern abend sind die Führer besonders der Vereinigten kommunistischen Partei bemüht, den Zustand abzubrechen. Doch stoßen sie bei den radikalen Elementen noch auf Widerstand. — Lauchhammer liegt seit acht Tagen im Lohnstreik, der mit dem kommunistischen Generallstreik nichts zu tun hat.

Erfurt, 30. März. (W. T. B.) Eine wilde Generallstreikhege der Kommunisten terrorisierte heute die Arbeiterschaft der Fahrzeugfabrik Erfurt und des Metallwerkes Schwarz bemerkend, daß die Arbeit am Vormittag plötzlich eingestellt werden mußte.

Erfurt, 30. März. Der durch die Sprengung an der Eisenbahnunterführung angerichtete Schaden ist nur geringfügig, da das Sprengmaterial nicht im Mauerwerk angebracht, sondern frei in der Unterführung niedergelegt worden war. Als Täter kommen einige achtzehnjährige Burken in Betracht, die bereits verhaftet worden sind; sie gehören der kommunistischen Partei an. — In Erfurt herrscht Ruhe. Der größte Teil der Betriebe ruht. Die Verhaftungen in Erfurt dauerten den ganzen Tag an. Ein Lager mit Gewehrteilen wurde beschlagnahmt. Alle wichtigen Betriebe werden polizeilich stark bewacht.

Hölz als Führer.

Merseburg, 31. März. (W. T. B.) Auch die Vernehmungen der Leute vom Leunawerk bestätigen, daß Hölz eine hervorragende Rolle bei dem Aufzueh in Mitteldeutschland gespielt hat. Die meisten Verhafteten erklärten, sie seien von Hölz gezwungen worden, in die „Rote Armee“ einzutreten. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Vorsitzende der kommunistischen Partei in Sangerhausen, Andrae.

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Der mißlungene Generallstreik.

Düsseldorf, 30. März. (W. T. B.) Da die Kommunisten angekündigt hatten, sie würden heute morgen die Arbeitstillen aus den Betrieben holen, hatten die Arbeiter Maßnahmen getroffen, um dem Terror vorzubeugen. Auch von der Polizei waren Vorkehrungen getroffen worden. In der Nacht hatten die Kommunisten Plakate angeschlagen, in denen zum Generallstreik und zum Bündnis mit Sowjetrußland aufgerufen wurde. Die Plak-